

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Strohkonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Märburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung: Erich Schmidt, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen ... 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Bzla

Nummer 217

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Mittwoch den 17. September 1930

55. Jahrgang

Curtius kritisiert die Arbeit des Völkerbundes

Enttäuschung über den Stand der Abrüstung

Genf, 16. September.

In der Vollversammlung des Völkerbundes am Dienstag hat Reichsaussenminister Dr. Curtius das Wort zu einer längeren mit allgemeinem Interesse aufgenommenen Rede ergriffen. Zunächst gedachte Dr. Curtius seines Vorgängers, des verstorbenen Reichsaussenministers Dr. Stresemann, und bezeichnete es als eine Enttäuschung, was die internationale Entwicklung für Deutschland in den letzten Jahren gebracht hat. Der Kriegsgedanke müßte verbannt werden, aber nicht durch Ignorierung von Fragen, die gelöst werden müßten, sondern durch Ertrag des Krieges durch andere Mittel. Die deutsche Regierung werde auch weiter zur Lösung der Aufgaben des Völkerbundes beitragen.

Die Grundsätze der deutschen Regierung.

Dr. Curtius legte dann die Grundsätze dar, mit denen die deutsche Regierung vor eine Abrüstungskonferenz treten wird. Wir erwarten, so führte Dr. Curtius hier aus, eine gerechte, der Sicherheit aller Fragen Rechnung tragende Lösung, volle Publizität und Erfassung aller Abwärtstendenzen, fühlbare Verminderung der Rüstungen auf der ersten Abrüstungskonferenz und anschließend weitere Schritte zur Abrüstung in kurzen Etappen.

Die Minderheitenfrage.

Ein weiteres bedeutendes Problem, fuhr Reichsaussenminister Dr. Curtius fort, ist die auch schon von anderer Seite berührte Minderheitenfrage. Wenn die Erfahrungen seit dem verfloßenen Jahr vielleicht noch keine endgültige Antwort auf die Frage gestatten, ob die in Madrid beschlossenen Verbesserungen des Verfahrens zur wirksamen Durchführung der Garantie des Völkerbundes für den Schutz der Minderheiten ausreichen, so halte ich es doch für notwendig, daß die Bundesversammlung nicht einfach die Weiterentwicklung abwartet, sondern daß sie sich schon jetzt und weiterhin fortlaufend mit der geliebten Praxis beschäftigt. Aus diesem Grunde habe ich die Ueberweisung der Minderheitenfrage an die Sechste Kommission beantragt und damit ein Verfahren wieder aufgenommen, das hier meines Wissens bereits in früheren Jahren befolgt worden ist.

In der Kommission wird sich die Gelegenheit bieten, zu den einzelnen Punkten des Minderheitenschutzes, insbesondere zu der Behandlung der eingegangenen Petitionen Stellung zu nehmen. Von dieser Stelle aus möchte ich nur noch einmal betonen, daß es sich bei der ganzen Behandlung der Minderheitenfragen nicht um die Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen handelt, sondern um ein wichtiges Element für die Sicherung des Friedens, ein Element, an dem alle Völkerbundmitglieder in gleicher Weise interessiert sind.

Wirtschaftsfragen.

Der Reichsaussenminister ging im weiteren Verlauf seiner Rede auf die wirtschaftlichen Fragen und die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise ein und führte dazu u. a. aus: Die Krise ist wie ein Elementarereignis über uns gekommen. Deutschland ist von ihr stärker betroffen als andere Länder. Es war selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, einen Schutz gegen Ueberflutung mit landwirtschaftlichen Produkten aus anderen Ländern zu errichten, die den

Wohn der Landwirtschaft nach sich ziehen mußte. Es ist auf die Dauer kein erträglicher Zustand, daß sich der einzelne europäische Staat — gleichviel, ob er groß oder klein ist — für sich allein in einer solchen Notlage nicht anders schützen kann, als durch autonome Zollmaßnahmen, auch wenn andere europäische Staaten dadurch mitbetroffen werden. Zur rechten Zeit kommt daher der Vorschlag einer europäischen Kooperation, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die deutsche Regierung ist bereit, alle dahin zielenden Vorschläge mit größter Sorgfalt zu prüfen und sich an alle Arbeiten aktiv zu beteiligen. Zollunionen, Präferenzzölle und Kontingente werden dabei eine große Rolle spielen. Wir sind insbesondere damit einverstanden, daß die Zollbegünstigung in ihrem Verhältnis zum System der Zollkontingente geprüft wird. Die deutsche Delegation behält sich ihrerseits vor, neben anderen Fragen auch die Frage des Kapitalverkehrs aufzuwerfen. Geld und Kapital sollten in ganz anderer Weise als jetzt zweckmäßig so verteilt werden, daß sie überall die Gütererzeugung und -verteilung befördern.

Die deutsche Delegation hat diese interessante Anregung lebhaft begrüßt, sie wird sich an der Verfolgung des Gedankens aktiv beteiligen. Es kann sich bei dieser großen Aufgabe nicht darum handeln, um Zollpositionen zu feilschen oder sich kleine Vorteile für einige Jahre zu sichern, sondern es handelt sich darum, einen langen Abschnitt der europäischen Wirtschaftsgeschichte abzuschließen, der durch gegenseitige Abriegelung und durch den Kampf aller gegen alle gekennzeichnet war.

Die Rede des Reichsaussenministers wurde verschiedentlich durch den lebhaften Beifall der Versammlung unterbrochen.

Vor Minister Curtius hatte der italienische Delegierte Scialoja gesprochen und ausgeführt, die europäische Föderation werde das Ergebnis einer sehr langen Entwicklung sein, wie sie seit dem Mittelalter die europäische Geschichte kennzeichne.

Die Aufnahme der Curtius-Rede.

Die Rede des deutschen Außenministers Dr. Curtius hat in der Vollversammlung des Völkerbundes eine durchweg gute Aufnahme gefunden. Der Konferenzsaal war so gut besucht wie bei den großen Reden Briands und Hendersons.

Der herbe Ton, mit dem der deutsche Delegierte die zurückliegende Arbeit des Völkerbundes kritisierte, ist allgemein bemerkt worden. Die offene Sprache, mit der der deutsche Außenminister seine Auffassung über die unbefriedigende Entwicklung der letzten Jahre auf den verschiedensten Gebieten des Völkerbundes, insbesondere dem der Abrüstung, Ausdruck verlieh, hat allgemeine Beachtung gefunden.

Der weitere Verlauf der Genfer Vollversammlung.

Im weiteren Verlauf der allgemeinen Aussprache der Völkerbundversammlung am Dienstag ergriffen nach Dr. Curtius zwei Vertreter nichteuropäischer Staaten das Wort, nämlich der Maharadscha von Bilaner und der Führer der chinesischen Delegation, der Gefandte in Washington Chao Chu-wu, die in der Frage der europäischen Föderation ganz entgegengesetzte Auffassungen entwickelten. Der Vertreter Indiens äußerte starke Bedenken gegen den Plan einer engeren Zusammenarbeit Europas.

Der Völkerbund sei nicht für Europa, nicht für Asien, sondern für die Welt. Insbesondere könne die erstrebte Konsolidierung der industriellen Verhältnisse für andere Staaten des Völkerbundes Folgen haben, die kein Völkerbundsmitglied wünschen könnte. Der Vertreter Chinas dagegen begrüßte den Europaplan und schloß sich ausdrücklich der vom österreichischen Bundeskanzler Dr. Schöber entwickelten Idee des allmählichen, gruppenweisen Zusammenschlusses an.

Das Frühstück der Völkerbundsjournalisten.

Neben von Curtius, Henderson und Briand.

Die Vereinigung der beim Völkerbund akkreditierten Journalisten veranstaltete in Genf anlässlich der Völkerbundversammlung ihr traditionelles Frühstück, an dem der Präsident der Völkerbundversammlung und die meisten Hauptdelegierten der Tagung teilnahmen. Reichsaussenminister Dr. Curtius, Henderson und Briand hielten Ansprachen, in denen in teils launiger, teils ernster Weise Streiflichter auf die politische Lage geworfen wurden. Der Präsident der Vollversammlung, Titulescu, kam auf die Idee eines Hauses der Weltpresse, das in Verbindung mit dem Völkerbund in Genf errichtet werden soll, zu sprechen. Dr. Curtius sprach über die Sympathie zwischen Nationalbewusstsein und internationaler Verantwortung. Jeder Delegierte habe die Pflicht, die innere Harmonie zwischen diesen beiden Polen herzustellen. Auf dieser Grundlage müsse am Friedenswerk der Welt gearbeitet werden. Henderson ging kurz auf die im Anschluß an seine bekannte Abrüstungsrede in der Presse erschienenen Kommentare ein und erklärte, daß zwischen ihm und Briand lebhaftig Meinungsverschiedenheiten über die Methode, nicht über das Ziel beständen. Briand sprach in Erwiderung auf die Ansprachen des englischen und deutschen Außenministers über das Friedensproblem. Er widmete dem verstorbenen Außenminister Dr. Stresemann, innerlich sichtlich bewegt, einen herzlichen Nachruf. Zwischen ihm und dem verstorbenen deutschen Staatsmann hätte eine aufrichtige gegenseitige Zuneigung bestanden.

Die Nachmittagsitzung des Völkerbundes.

Genf, 17. Sept. In der Dienstags-Nachmittags-Völkerbundversammlung ist eine Reihe von Vertretern kleinerer Staaten zu Worte gekommen. Mehrere von ihnen sprachen sich für den südslawischen Vorschlag aus, die Völkerbundversammlung solle in einer Entschliebung, über deren Fassung man sich noch zu verständigen hätte, ein Komitee aus Vertretern der europäischen Staaten zur weiteren Prüfung des Föderationsplanes einsetzen. Der polnische Außenminister griff aus der Rede Hendersons die Ausführungen über die Verbundenheit von Sicherheit und Abrüstung heraus, um zu erklären, daß beide Elemente praktisch nicht von einander zu trennen seien. Polen halte mit unwandelbarer Treue an dem Genfer Protokoll fest, dessen große Idee eines Tages doch den wesentlichen Bestandteil eines allgemeinen Abkommens bilden müsse, das sowohl die Sicherheit als auch die Abrüstung gewährleisten würde. Auch dem Abkommen über die kriegsverhütenden Maßnahmen lege die polnische Regierung große Bedeutung bei.

Zusammentritt des Reichskabinetts.

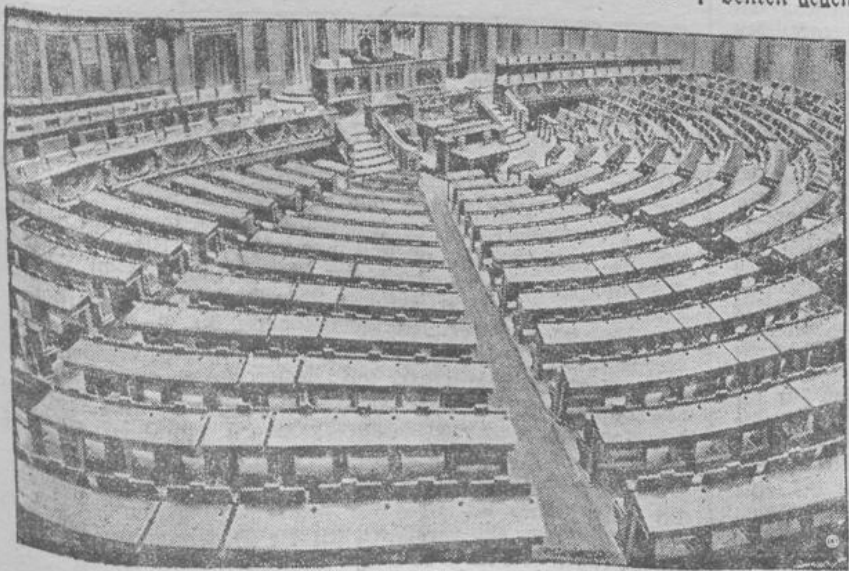
Reichskanzler Brüning nimmt keinen Urlaub.

Berlin, 17. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning trat das Reichskabinet in einen Meinungsaustausch über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage ein. Es bestand die einmütige Auffassung, daß die Reichsregierung das im Sommer in Angriff genommene Programm einer sachlichen Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Aufgaben mit allem Nachdruck fortsetzen zu fördern hat, daß dem neuen Reichstag bestimmte Vorlagen zugewiesen werden können.

Im Zusammenhang mit dem bereits verbreiteten Kommuniqué über die Sitzung des Kabinetts erfahren wir von unrichtiger Seite, daß Reichskanzler Brüning vorläufig keinen Urlaub nehmen, sondern lediglich in dieser Woche sich größere Ruhe gönnen werde. Der Ernst der politischen Lage werde vom Kabinet und vom Reichskanzler nicht verkannt; doch halte man die Situation nicht für derart ernst, daß kein Ausweg gefunden werden könnte. Das Programm, das die Reichsregierung im Reichstag vorlegen wird, wird den Einbau der Notverordnungen in das große Reformprogramm des Reichskabinetts einschließen. Ueber Einzelheiten ist noch nichts bekannt geworden, zumal ja der Reichstag noch nicht zusammengetreten ist, der eventuelle Änderungen herbeiführen könnte.

Kurznachrichten.

- Reichspräsident v. Hindenburg hat sich am Dienstag zu den Reichswehr-Herbüßungen nach Oberfranken begeben.
- In Achaia und im Peloponnes waren heftige Erdbeben zu verzeichnen. Schäden haben sie nicht verursacht.
- 27 Ästen wertvoller persischer Kunstgegenstände, die aus den Palästen des Schahs von Persien stammen, sind in vier Flugzeugen von Teheran nach der Insel Abaka im Persischen Golf befördert worden. Von dort werden sie auf die „Internationale Ausstellung persischer Kunst“ nach London geschickt.
- Wie aus Barranquilla (Kolumbien) gemeldet wird, haben dort Polizeibeamte bei der Unterdrückung von Unruhen auf einige hundert arbeitslose Plantagenarbeiter geschossen. Ein Arbeiter wurde getötet.



Wohnungsnot im Reichstag

Durch die außergewöhnlich starke Wahlbeteiligung ist beträchtlich die Zahl der Abgeordneten im Reichstag von 493 auf 576 gestiegen. Dadurch ist das Büro des Reichstages in große Sorge gestürzt worden. Der Plenarsitzungssaal war ursprünglich nur auf 397 Abgeordnete eingerichtet und schon bei den letzten Wahlen hatte man zwischen den Reihen Stühle aufstellen müssen, damit alle Abgeordneten untergebracht wurden. Jetzt jedoch steht das Büro des Reichstages vor einem nahezu unlöslichen Problem, da einschneidende bauliche Veränderungen, die neuen Raum ergeben würden, wegen der Kürze der Zeit nicht vorgenommen

werden können. Ursprünglich erhob man den Gedanken, die überzähligen Abgeordneten auf der Tribüne unterzubringen, doch ist man davon wieder abgekommen. Vielmehr erdacht man jetzt den Gedanken, nicht jedem Abgeordneten einen bestimmten Platz, sondern jeder Partei nur einen bestimmten Ausschnitt des Sitzungsraumes anzuweisen, in der Erwartung, daß ohnehin bei keiner Sitzung alle Abgeordneten vollständig erscheinen.

Unsere Bilder zeigen: links Blick in den Plenarsitzungssaal des plötzlich zu eng gewordenen Reichstages; rechts: der Mann, dem der Wahlausgang das größte Kopfzerbrechen bereitet: der Direktor des Reichstagsbüros Calle.





Thüringischer Innenminister Fried.
Der Führer der nationalsoz. Fraktion im neuen Reichstag.

Die politische Lage.

Die durch den Ausfall der Reichstagswahl geschaffene Lage ist noch immer durchaus unklar und unbefriedigend. Reichstagskanzler Dr. Brüning hat bereits am Montag dem Reichspräsidenten einen Vortrag über die Situation gehalten, aber er konnte ihm natürlich noch keine positiven Vorschläge machen, was nun geschehen soll. Am Dienstag hat dann das Reichskabinett getagt, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Die Stimmung wird dabei nicht gerade rosig gewesen sein, denn die Reichsregierung steht vor den Scherben, in die die Wählerkraft am 14. September ihre Politik zerfallen hat.

Die Erörterungen in den politischen Kreisen drehen sich nach wie vor um die Frage, ob eine Regierung mit den Nationalsozialisten möglich ist. Von den Reichstagsparteien haben sich bis jetzt erst zwei zu dieser Frage vernehmen lassen: Die Staatspartei hat erklärt, daß für sie ein Zusammengehen mit Nationalsozialisten nicht in Frage käme, und daß sie für die sogenannte „Große Koalition“ (also eine Regierungsbildung mit der Sozialdemokratie) eintreten werde. Die Wirtschaftspartei dagegen erklärte, daß sie mit Nationalsozialisten eine Regierung bilden werde, wenn sie Gewähr für die Durchführung bestimmter Forderungen erhalte.

Die Nationalsozialisten selbst lassen der Presse eine Information zufließen, in der es heißt, daß sie vor allem den bisherigen Regierungskurs in Preußen gründlich gekündet wissen wollen. In sich sei ja im Reichstag die Möglichkeit zur Bildung einer Großen Koalition gegeben, aber diese Koalition würde zu schwach fundiert sein, um vor allem auf dem wichtigsten Gebiet der Steuererhebung etwas zu erreichen. Infolgedessen werde man im Reich wohl gezwungen sein, mit den Nationalsozialisten zu regieren. Die Nationalsozialisten aber würden sich nur zu einer Beteiligung an der Regierung bereit finden, wenn gleichzeitig der preußische Landtag „aufgeflogen“ wird. Die Nationalsozialisten legen den entscheidenden Wert nicht nur auf das Reichsinnenministerium und das Reichswehrministerium, sondern auch auf das preußische Innenministerium sowie auf eine gründliche Wende in der preußischen Kulturpolitik und der Tendenzen des preußischen Justizministeriums.

Soweit die Presseinformation von nationalsozialistischer Seite. Verzeihen wir noch eine Stimme aus dem gegnerischen Lager. Der preußische Ministerpräsident Braun — bekanntlich ein führender Sozialdemokrat — hat dem Vertreter eines amerikanischen Blattes gegenüber erklärt, es sei kein Grund, wegen des Ausfalles der Wahl pessimistisch zu sein. Weder die Verfassung, noch die öffentliche Sicherheit, noch der Kurs unserer Außenpolitik seien bedroht. Abgesehen davon, daß eine Koalition aller Vernünftigen sich zusammenschließen werde. Unter einer solchen Koalition versteht der preußische Ministerpräsident offenbar einen Zusammenschluß auf breiter Grundlage einschließlich der Sozialdemokratie gegen die Nationalsozialisten.

Die Entscheidung darüber, was geschehen soll, wird in den nächsten Tagen übrigens noch nicht fallen. Die maßgebenden Stellen und Kreise haben das Bedürfnis, sich ihre Entschlüsse in Ruhe zu überlegen. Außerdem ist auch Reichspräsident von Hindenburg auf einige Tage von Berlin abwesend; er nimmt an den Herbstübungen der Reichswehr in Ostpreußen teil. So wird man wohl noch einige Zeit warten müssen, bis sich die Lage klärt. Es ist übrigens auch der Gedanke aufgeworfen worden, daß das jetzige Reichskabinett einfach weiter regieren soll. Es sei nicht zu erwarten, daß die Sozialdemokratie ein neues Misstrauensvotum im Reichstag einbringen werde und daß sie, falls ein solches von den Nationalsozialisten kommen sollte, zustimmen würde. Das hört sich zwar sehr schön an, wir glauben aber nicht, daß dieser Ausweg gangbar ist, denn es ist doch wohl nicht angängig, ein Wahlergebnis, wie es der 14. September gebracht hat, einfach zu ignorieren und so weiter zu regieren, als ob überhaupt nichts passiert wäre. Irgendeine Konsequenz muß aus diesem Wahlergebnis schon gezogen werden. Welche es sein wird, steht zwar heute noch nicht fest, wird sich aber in einiger Zeit zeigen.

Die Stärke der Parteien.

Die hinter der Regierung Brüning stehenden Parteien hatten am Tag der Auflösung zusammen 232 Sitze. Im neuen Reichstag sind sie in folgender Stärke vertreten: Zentrum 69, Deutsche Volkspartei 30, Wirtschaftspartei 23, Staatspartei 20, Bayerische Volkspartei 19, Landvolk 18, Christlich-sozialer Volksdienst 14, Welfen, Konfessionelle und Landbund zusammen 10 Abgeordnete. Insgesamt ergibt sich, daß die hinter der Regierung Brüning stehenden Parteien nur noch 200 Mandate haben. Die Regierungskoalition hat sich somit um 32 Stimmen vermindert. Der eigentliche Verlust ist immer noch viel größer, wenn man die erhöhte Wahlbeteiligung und die Verstärkung der Koalition in Betracht zieht.

Die radikalen Oppositionsparteien — 107 Nationalsozialisten, 76 Kommunisten und 41 Deutschnationale haben zusammen 224 Stimmen von 576. Sämtliche bürgerlichen Parteien ohne Deutschnationale und Nationalsozialisten haben aber nur 200 Stimmen. Die Rechts- und Linksradikalen könnten aber die Gesamt der bürgerlichen Parteien übersteigen.

Diese Zusammenstellung zeigt die schwierige Lage, die durch den Wahlausfall geschaffen worden ist. Auch die sogenannte „Große Koalition“ hat nur dann eine Mehrheit, wenn außer Sozialdemokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Deutsche Staatspartei noch die Wirtschaftspartei und die bürgerlichen Gruppen mitmachen. Dann käme diese Koalition auf 305 bis 310 Mandate, hätte also die Mehrheit.

Faktionsgemeinschaft Schiele-Westarp.

Zwischen einigen der neuen Rechtsgruppen sind erfolgversprechende Verhandlungen angebahnt worden, die darauf abzielen, daß eine gemeinsame Fraktion hergestellt wird, die in ihrer Struktur der Christl. Nationalen Arbeitsgemeinschaft im alten Reichstag entsprechen würde.

Es handelt sich um die Christl. nationalen Bauern (Landbund), um den Christl. sozialen Volksdienst und die Konfessionelle Volkspartei. Insgesamt verfügen diese Gruppen über 43 Mandate. Aufgrund der bisherigen Besprechungen ist anzunehmen, daß die Einigung gelingt und daß die Fraktionsgemeinschaft zustande kommt.

Führende Politiker zur Wahl.

Eine Reihe von führenden Politikern äußerte sich zu der durch die Reichstagsniederlagen entstandenen politischen Lage. Für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erklärte Dr. Goebbels: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat einen triumphalen Wahlsieg von vornherein erwartet. In dem Umfange, in dem er tatsächlich eingetreten ist, kommt er selbst für uns überraschend. Wir haben nicht die Absicht, auf den errungenen Vorbeeren auszurufen. Der Kampf um die Eroberung der Macht geht am heutigen Tage weiter. Angesichts der vollkommen verworrenen politischen Lage ist es im Augenblick unmöglich, eine Stellungnahme zu künftigen Regierungsbildungen zu geben. Jedenfalls aber kann erklärt werden, daß die nationalsozialistische Bewegung nur unter den Umständen Verantwortung übernimmt, wenn sie das vor Volk und Nation verantworten kann.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit: Die Mitläufer des Zentrums, die an seiner langjährigen Scheitelpolitik und damit an der Fortdauer des Einflusses der Sozialdemokratie Schuld sind, haben die Duldung für ihre Politik erhalten. Die Deutschnationale Volkspartei, die über die ihr am 18. Juli verbliebenen 36 Mandate hinaus diesmal nur fünf zurückgekommen hat, kann gleichwohl in dem Wahlergebnis nur eine volle Rechtfertigung des Kurses erblicken, den sie in ihrem gegenwärtigen abfälligen oder unabsichtlichen Irrungen der zerstückelten Mitte in den Kämpfen der letzten anderthalb Jahre festgehalten hat. Sie wird in Ruhe und entschlossen diesen Kurs weiterverfolgen. Es ist bei unserer Feststellung verblieben: Das Gesetz des Handelns ist jetzt bei der Macht. Der Kampf, der mit dem Volksbegehren begann, tritt mit dem 14. September in einen neuen Abschnitt. Die Fortsetzung dieses Kampfes wird nicht lange auf sich warten lassen und soll uns gerufen finden.

Wie aus maßgebenden Kreisen der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei mitgeteilt wird, hat man für die Partei selbst mit keinem wesentlich anderen Ergebnis gerechnet. Unter Hinzugählung der Deutschen Bauernpartei wird die Landvolkgruppe mit Einschluß der Konfessionellen und der Hannoveraner rund 35 Mandate haben. Wie der Einfluß dieser Gruppe erfolgen kann, wird sich erst in den nächsten Tagen entscheiden. Man legt hier das Schwerkraft des Wahlergebnisses auf die Abgabe der Wählerkraft an die Sozialdemokratie. Da die Landvolkspartei keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie sieht, könnten sich auch Volkspartei und Wirtschaftspartei an eine Große Koalition nicht heranwagen. Die Nationalsozialisten hätten also durch ihren Wahlsieg die Verantwortung dafür bekommen, ob überhaupt der Versuch einer sachlichen Fortführung der Politik gegeben ist. Die Voraussetzung dazu wäre die Einigung mit den Deutschnationalen auf positive Ziele.

Staatssekretär z. D. Kempkes, der Reichsgeschäftsführer der Deutschen Volkspartei, schreibt in der Kulturbeiträge u. a.: „Nichtbilden beweisen die Ergebnisse die Möglichkeit der von der Deutschen Volkspartei betriebenen Sammlungspolitik, die zum Ausgangspunkt ihrer Aktion das Erfordernis des Zusammenflusses von Parteien auf breiter Grundlage nahm. Heute werden auch diejenigen, die glauben, in engerer Zusammenarbeit unter Hervorhebung politischer Trennungslinien eine „Sammlung“ betreiben zu müssen, sich der Einsicht nicht verschließen, daß solche Sammlungen angesichts der eingetretenen Entwicklung praktischen Wert nicht mehr besitzen. Für die Deutsche Volkspartei wird nach wie vor der Gedanke bestimmend sein, daß die Wirtschaftslage weitgehende Reformen verlangt, und sie wird bereit sein, ihre Mitarbeit bei der Arbeit zur Verfügung zu stellen, wenn diese erste Voraussetzung gesichert ist.“

Reichsminister a. D. Giesberts vom Zentrum ist der Auffassung, daß der neugewählte Reichstag sich nur dann als arbeitsfähig erweisen werde, wenn alle Rechtsgruppen, einschließlich der Nationalsozialisten, sich positiv einstellten und vor allem das Reformprogramm der Reichsregierung Dr. Brüning unterstützen und verabschieden würden. Nur in diesem Falle wäre es nach seiner Auffassung möglich, daß ein Kabinett Brüning zustande komme, das sich neben den bürgerlichen Parteien der Mitte auch auf die Rechtsgruppen stütze.

In maßgebenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei betrachtet man das Reichstagswahlergebnis als die Folge der Politik Eugenbergs. Es fanden zwei hundert Revolutionären drei Fünftel gegenüber, die arbeiten und die Verantwortung tragen wollten. Was das Ergebnis für Bayern betrafte, so habe sich Bayern gut gehalten. Vom Stande der bayerischen Politik aus ergäben sich infolgedessen günstige Perspektiven, als der Bauernbund von der Bevölkerung abgelehnt worden sei. Das Organ der Bayerischen Volkspartei, der Regensburger Anzeiger, schreibt unter der Überschrift „Tot geboren“ u. a.: „Es erhebt sich die schwerwiegende grundsätzliche Frage, ob denn mit der Sozialdemokratie überhaupt eine durchgreifende Reform geschaffen werden kann. Nicht unwahrscheinlich wäre im Falle einer Großen Koalition ein Rücktritt Brünings oder gar eine Präsidentenliste.“

Reichsminister a. D. Dr. Koch-Weser äußerte sich für die Staatspartei über die Reichstagswahl wie folgt: Die Wahlen brachten ein starkes Anwachsen der radikalen Front, hervorgerufen durch die schwierige, teilweise trostlose wirtschaftliche Lage. Ich sehe keine andere Möglichkeit als eine Zusammenfassung aller Kräfte, die die Ordnung verteidigen und das Vertrauen auf die deutsche Finanzkraft wiederherstellen.“

Graf Westarp für Koalition mit den Nationalsozialisten. Berlin, 16. Sept. In der „Kreuzzeitung“ nimmt Graf Westarp Stellung zum Wahlergebnis. Er kommt zu dem Schluß, daß die Bildung einer Großen Koalition unmöglich sei, weil die bisherigen Parteien einer Großen Koalition nur 280 Stimmen aufbringen würden, während die absolute Mehrheit 289 beträgt. Die Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen Volkspartei hervorgegangenen Parteien dürften nach seiner Ansicht für eine Große Koalition niemals in Frage kommen. So sei die Bildung einer Großen Koalition nicht durchführbar. Dagegen ergebe sich bei Zusammenfassung von

Zentrum, Bayerischer Volkspartei, Nationalsozialisten, Deutschnationalen, den aus der Deutschnationalen Volkspartei hervorgegangenen Parteien, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Bauernpartei und der Deutschen Volkspartei eine Mehrheit von 337 Sitzen, die auch bestehen bleibe, wenn eine der kleineren Gruppen sich nicht beteiligen würde. Die Regierung Brüning werde sich nicht der Aufgabe entziehen dürfen, über diese Mehrheitsbildung in Verhandlungen einzutreten, wenn sie alle parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen will. Der Schlußgefühligkeit der Agitation des Wahlkampfes dürfe, wo vaterländische Arbeit zur Rettung aus der Katastrophe in Frage stehe, den Weg zur Pflichterfüllung nicht versperren. Voraussetzung dieser Regierungsbildung sei die Lösung des Zentrums von der Sozialdemokratie in Preußen.

Nach Wirtschaftspartei wartet ab.

Berlin, 17. Sept. Durch die Tagespresse gingen Mitteilungen, nach welchen angeblich zwischen der Wirtschaftspartei und anderen Parteien Verhandlungen über die Regierungsbildung stattgefunden haben sollen. Die Pressestelle der Wirtschaftspartei teilt mit, daß diese Gerüchte unzutreffend seien. Die Wirtschaftspartei habe mit keiner anderen Partei bisher über die Fragen der Regierungsbildung verhandelt, und sie lehne es ab, vor dem Zutritt des Reichstages in Verhandlungen über diese Frage einzutreten.

Getrennte Abstimmung. Bei der Wahl hat man in Wiesbaden Frauen und Männer getrennt abstimmen lassen. Bei den Sozialdemokraten hatten sich die beiderseitigen Stimmen mit 11 000 und bei den Nationalsozialisten mit je 13 000 ungefähr die Waage. Dagegen haben für das Zentrum mehr als doppelt so viel Frauen als Männer gestimmt: 3115 Männer und 6641 Frauen. Für die Staatspartei wurden 400 Frauenstimmen mehr, für die Deutsche Volkspartei 2000 Frauenstimmen mehr abgegeben. Für die Liste des Christlich-sozialen Volksdienstes haben 1503 Frauen und 494 Männer gestimmt.

Die Diktatur in Polen.

Neue Verfassungen von Abgeordneten.

Der neue polnische Ministerpräsident Marschall Pilsudski setzt das diktatorische Regime, mit dem er begonnen hat, fort. Es kam dieser Tage in Warschau zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Mitgliedern der Oppositionsparteien. Die Oppositionspresse, die eine eigene Darstellung über die Zusammenstöße brachte, wurde beschlagnahmt, so daß nur die Darstellung der Regierungspresse vorlag. Eine rechtsoppositionelle Zeitung berichtet, daß 2 Personen getötet und etwa 100 verwundet wurden. Im ganzen seien nahezu 1000 Personen verhaftet worden, von denen sich der größte Teil noch in Haft befindet.

Die Regierungspresse bezieht die Verhältnisse in Warschau allein auf 250, davon sind 68 entlassen worden, so daß sich noch 182 in Haft befinden. Dem größten Teil wird wegen verbotenen Tragens von Waffen und Betätigung an bewaffnetem Aufstand gegen die Regierungsgewalt der Prozeß gemacht werden. Auch weitere Abgeordnete sind verhaftet worden.

In der Nacht sind der Oppositionspresse zufolge in Warschau weiter eine ganze Anzahl von Mitgliedern der Sozialistischen Partei verhaftet worden.

Teilstreik in Warschau.

Warschau, 17. Sept. In Warschau wurde ein eintägiger Streik zum Zeichen des Protestes gegen die Abgeordnetenverhaftungen veranstaltet. Der Streik gelang nur teilweise. Gas- und Elektrizitätswerke, die unter dem Einfluß der Regierungsparteien stehen, auch die Straßenbahnen schlossen sich dem Streik nicht an. In einigen Industrieunternehmen streikten die ganze Belegschaft, in anderen nur ein Teil. Die Parteileitung der Polnischen Sozialistischen Partei dementiert, die gestern von der Regierungspresse verbreitete Nachricht, heraufzuleiten der Einfluß der Partei hinter den Proteststreik gestanden habe. Der Streik sei von der Sozialistischen Partei weder beschlossen noch angeordnet worden.

Der Führer der polnischen Minderheiten Litauens verhaftet. Memel, 17. Sept. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, ist der Führer der polnischen Minderheiten Litauens, der ehemalige Sejmabgeordnete von Dubinski, in der Nacht zum Montag auf seinem Gut in der Nähe der deutschen Grenze von der polnischen Polizei verhaftet und nach Kowno gebracht worden. Von amtlicher Seite wird über die Verhaftung noch Stillschweigen bewahrt. Man vermutet, daß Dubinski im Zusammenhang mit den von der polnischen Minderheit verbreiteten Prozeßschriften gegen die angebliche Unterdrückung der Polen in Litauen zur Verantwortung gezogen werden soll.

Aus der Heimat

Mittwoch den 17. September 1930

* Nachtfestbesuche auf kleineren Orten. Vom reifen Publikum, besonders auch von den Geschäftsreisenden, wird oft bedauert, daß es von kleinen Orten aus nicht möglich ist, nach 8 Uhr abends mit größeren Plätzen ferngespräche zu führen, weil der Dienstschluß an kleineren Orten um 20 Uhr erfolgt. Wie der „Gewerkschaftliche Pressebericht“ von der Reichsvereinigung der Reisenden und Vertreter im Gewerkschaftsbund der Angestellten erzählt, bestehen jetzt Möglichkeiten, mit kleineren Orten Nachtfestgespräche zu führen. Die Hotels an solchen Plätzen können sich sogenannte Dauernachtfestverbindungen einrichten lassen, die es ihnen gestatten, die ganze Nacht hindurch sowohl Gespräche aus größeren Städten entgegenzunehmen, wie auch mit diesen bezüg. mit einzelnen Teilnehmern verbunden werden zu können. Die Gebühren für die Dauernachtfestverbindungen betragen je Nacht 40 Pf.

* Weiterhin „Gut Schlauch“. Kürzlich meldeten wir, daß auf dem Feuerwehrtage in Münster der alte populäre Feuerwehrgruß „Gut Schlauch“ in „Gut Wehr“ abgeändert sei. Auf Veranlassung der Lebensversicherer. Feuerwehrtage ist diese Meldung nachgeprüft und festgestellt worden, daß wohl ein solcher Beschluß in Münster gefaßt wurde, daß er aber nur für die Dauer des Feuerwehrtages in Münster Geltung haben sollte. Damit bleibt also im übrigen der altbekannte Gruß „Gut Schlauch“ bestehen, der für so manchen alten Feuerwehrmann das Symbol ernstester Pflichterfüllung und froher Kameradschaft ist.

Der Hülshoferweg an den Gutsbezirk Wittgenstein abgetreten. — Beschaffung von Arbeit für die Wohlfahrtsunterstützten beschlossen.

Hülshofer Weg

Laasphe :

* Ein Fund aus alter Zeit. In einem alten Patrizier-
hause der Hansestadt Bremen wurde unter alten Schriften
ein in Schweinsleder gebundener Großfolioband, genannt
„Das Große Marth-Buch“ gefunden, der uns Witten-
steiner und speziell uns Laaspher besonders interessieren
dürfte. Das hochinteressante Werk hat nämlich einen Geis-
tlichen der Stadt Laasphe: Dr. Paulum Crocium, zum Ver-
fasser. Zuerst wurde das Werk im Jahre 1572 gedruckt und
erschien in französischer Sprache. 1656 legte man es neu
auf und gab es in deutscher Sprache heraus. Der vor-
liegende Band, welcher tadellos erhalten ist, wurde 1682 in
Bremen von Herman Brauer gedruckt. Er umfaßt 1574
Seiten und bringt die blutigen Verfolgungen der Waldbenser
als Gegenwartsereignisse. Der Titel lautet: Das Große
Marth-Buch und Kirchen-Historien: Worinnen herrliche und
in Gottes Wort gegründete Glaubens-Bekänntheissen / Ge-
spräch und Disputationen / wider die Ketzer und Feinde der
Christlichen Wahrheit / sampt andern denckwürdigen Reden
und Thaten vieler heiligen Märthrer beschriben werden:
Welche nach den Zeiten der Aposteln / bis auf das Jahr
1572 hin und wieder in Teutschland / Frankreich / Eng-
land / Schottland / Flandern / Brabant / Italien / Dis-
panien / Portugal und America etc. um der Evangelischen
Wahrheit willen jämmerlich verfolgt, gemartert, und end-
lich auf allerley weise erbärmlich hingerichtet worden. — Un-
sänglich in Französischer Sprache beschriben; Hernacher
auf Gottlicher und eifriger hohes und niedrigs Standes
Personen / Begehren / treulich übersehet und in Teutsche
Sprache gebracht durch Dr. Paulum Crocium, Cheneum,
Diener am Worte Gottes und Inbeterorum zu Laappe in der

Anschließend wurden dann noch einige andere Sachen zur Sprache gebracht. So beschwerte sich Stadtb. Köster über den schlechten Zustand der Friedrichstraße und Stadtb. Duschhaus über schlechte Beschaffenheit der Siedlungswege am Bahnhof. Der Bürgermeister erklärte auf den ersten Antrag, daß man in nächster Magistratsitzung wahrscheinlich eine neue Herrichtung der Friedrichstraße beschließen würde und auf den letzteren, daß die Siedlungswege der Baugenossenschaft gehörten und diese also allein für die Herrichtung zuständig sei. Nachdem Stadtb. Kombächer auch erklärte, daß er eine Verbesserung der Wege in der Siedlung für unbedingt nötig halte, versprach Bürgermeister Pränger, es sich zu überlegen, wie formell die Angelegenheit mit der Baugenossenschaft geregelt werden könnte. Gegen 1/10 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

**** Dillenburg.** Segelflieger auf den Hirzen-
hainer Höhen. Auf den Hirzenhainer Höhen ging es in
den letzten Wochen überaus lebhaft zu. Neben den Segel-
flugvereinen von Gießen und Marburg und dem heimischen
Verein war der Segelflugverein Dillfeldorf mit mehreren

**** Vom Westertal Die Jagd auf Rebhühner,**
die am 1. September freigegeben wurde, hat überall einen
verheißungsvollen Anfang genommen. Obgleich man in
Jägerkreisen wußte, daß man in diesem Jahr eine gute Jagd
erwarten dürfte, ist man doch noch angenehm enttäuscht
worden. Seltener sah man das begehrte Flugwild in so großer
Zahl. Auf den Stoppelfeldern gehen oft ein halbes Dutzend
und mehrere Ketten auf einmal hoch, so daß sich die Jagd
sehr ergiebig und anregend gestaltet. Die überaus günstige
Frühjahrs- und Sommerwitterung ist dem Flugwild gut be-
kommen. So kann denn in den Westertal-Jagden diesmal
wieder ein verstärkter Abschuß vorgenommen werden.

WfL. Biedenlopf — Tb. Wallau 3:9. Die junge Wallauer Elf zeigte in Biedenlopf ein vorzügliches Spiel und obwohl die einheimische Mannschaft doch auch als Spielart bekannt ist, hatte sie heute doch fast nichts zu bestellen. Sowohl im genauen Zuspielen und sicheren Fangen, wie auch in Ausdauer waren die Gäste Biedenlopf weit überlegen. Schon bis zum Seitentausch hieß es 1:5. Unhaltbare Tore! Von denen allein der gut ausgelegte Wallauer Halbrechte die fünf auf sein Konto brachte. Nach der Pause erzielte derselbe Stürmer noch zwei schöne Tore, denen der Mittelstürmer und Rechtsaußen noch je eins beifügten, während Biedenlopf nur noch zweimal erfolgreich war. Vor allen Dingen konnte die gut disponierende Wallauer Läuferreihe, die bekanntlich ja auch in der Auswahlmannschaft gegen Gießen erfolgreich mitwirkte, gefallen. Dagegen zeigte die Biedenlopfers Läuferreihe kein gutes Spiel. Der sonst so gute Sturm mit seinem gefährlichen kurzkräftigen Mittelstürmer kam nicht zur Geltung, da die Wallauer Läuferreihe das Spiel nicht aus der Hand gab, und aber auch der Torhüter sich als ein Meister seines Faches entpuppte.

Wetterausblick für Donnerstag: Wechselnd bewölkt, einzelne Schauer, etwas kühler, westliche Winde.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Don heute, 17. 9., 8 Uhr vormittags

Temperatur:		11° C
Barometerstand: (gestern 740 mm)		741,5 mm
Feuchtigkeit der Luft:		98 %
Höchste Temperatur	(seit gestern 8 Uhr vormittags):	16° C
Niedrigste Temperatur	(„ „ „ „ „):	+9° C
Niederschlagsmenge	(„ „ „ „ „):	1,3 mm

Für alle Frauen und Mädchen über 18 Jahre

Vortrag: Frauenglück / Frauenleid Eintritt frei!
mit Ausstellung und Vorführungen am lebenden Modell (Thalysia, Hygiene, Korsettschau)

Frauen-Mentoren: ☐ **nerangefordert vom** ☐ **Nachführungen:**

Frauen-Vortrag:
Was jede Frau und jedes
junge Mädchen von ihrem
Körper wissen sollte. Wie
Säugeleib, »brust, Säftenfett
Krampfadern, Beinschwell.
Fußschmerz. verhüt. werden.



veranstaltet vom
Thalnia-Werk
in Leipzig
Besteht seit über 40 Jahren

Hygiene - Schau



Vorführungen:
Thalysa-System zum Schutz
und zur Wiederherstellung
der guten Figur u. des Wohlbefindens, Thalysa-Konstruktionen als einzigartige Original-Schöpfungen.

Verhind. verl. das reichsh.
Geht „Die gesunde Frau“
gegen 15 Pfg. postfrei durch
Thalysia, Leipzig; S. Abt. 67

Mittwoch den 17. Sept., $\frac{1}{24}$ und $\frac{1}{28}$ Uhr, Donnerstag den 18. Sept. nur $\frac{1}{24}$ Uhr
im Bösch'schen Saal in Laasphe.

Wir warnen vor Hausiererinnen, die mit Bezug auf unsere Vorträge fremde Waren als Italsiya-Fabrikate anbieten.

Das Jugendherbergswert im Urteil führender Männer.

Zum Jugendherbergstag am 21. September.
Jugendwandern und Jugendherbergen: ein Lichtblick in trüber Zeit! Die deutsche Jugend will sich ihr Deutschland erwandern, will es kennen und lieben lernen, will andere Volksgenossen, andere Volkstämme mit ihrer Eigenart, will die engere und weitere deutsche Heimat verstehen und würdigen lernen und sich damit weiten Blick, Gesundheit, Frohsinn und Lebensfreude schaffen. Wer wollte dieses Beginnen nicht nach Kräften unterstützen?
Dr. Wirth, Reichsinnenminister.

Das Jugendwandern hat einen Strom von Kraft in unser Volk getragen und sich damit den Anspruch auf den Dank aller ihrer Genossen, die im Kampf für Deutschlands Befreiung stehen. Selten hat ein Volk so die wundervolle Leidenschaft zur Natur und inneren Einkehr bei der Jugend entwickelt, wie es jetzt das deutsche tut.
Severing, Reichsminister a. D.

Etwas Köstliches ist das Wandern durch unsere herrlichen deutschen Gauen. Die Jugendherbergen bilden den Grundpfeiler für das Jugendwandern. Erst sie schaffen die richtige Wanderfreude und ermöglichen größere Wanderungen durch die billige, heimelige Unterkunft, die sie im Kreise froher Kameraden bieten. Heil dem deutschen Jugendwandern!
Volk, württembergischer Staatspräsident.

Das Jugendherbergswert, aus der selbstlosen Hingabe deutscher Jugendzieher erwachsen, hat mit seinen Einrichtungen eine solche Bedeutung erlangt, daß kein Führer des Volkes mehr an ihm vorbeigehen wird.
Dr. Schmitt, badischer Staatspräsident.

Ich wüßte nicht, was für einen heranwachsenden Staatsbürger von größerer Bedeutung sein könnte, als das Volk, sein Land, seine Einrichtungen, seine Besonderheiten aus eigener Anschauung kennenzulernen. Ein vorzüglicher Weg dazu ist das Jugendwandern. Der Politiker, der ein lebenskräftiges, in Einigkeit und Recht und Freiheit friedlich zusammenarbeitendes Volk erstrebt, wird dem Wert des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen seine Anteilnahme nicht versagen.
Abelung, hessischer Staatspräsident.

Ich wünsche den Führern des Reichsjugendherbergswertes und allen mit ihnen Schaffenden ein volles Gelingen des Reichsjugendherbergstages und ein weiteres erfolgreiches Wirken für Jugend und Volk.
Grimme, preussischer Unterrichtsminister.

Die Jugendherbergen sind Quelle der gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Erneuerung der deutschen Jugend geworden und tragen mit zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes bei. Möge das folgende Jahrzehnt das so erfolgreich begonnene Werk glücklich vollenden zum Segen von Volk und Vaterland.
Hirtfelder, preussischer Volkswohlfahrtsminister.

Das Wandern ist vor allem für unsere wertvolle Jugend ein wertvolles Mittel, Körper und Geist zu kräftigen, den Blick für die Schönheit unseres Vaterlandes zu weiten, Land und Leute kennenzulernen, den Gemeinschaftssinn zu pflegen und sich an den Stätten deutscher Kultur zu erbauen.
Schreiber, preussischer Handelsminister.

Die deutschen Städte betrachten es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben, für die Gesundheit ihrer Einwohner zu sorgen. Sie wollen daher im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit das Jugendherbergswert fördern und unterstützen.
Minkert, Präsident des Deutschen Städtebundes.

Ich möchte wünschen, daß sich die Jugend immer mehr dem die Gesundheit erhaltenden und fördernden Wandern zuwendet.
Schäffer, Präsident des Reichsversicherungsamtes.

Wandern weitet den Blick. Vor allem ist jede Wanderung aber auch eine Zielfestlegung. Ein Ziel aufstellen, gemeinsam dem gleichen Ziel zustreben und das Ziel erreichen, — das macht Jugendwandern wertvoll, weit über bloße sportliche Betätigung hinaus.
Zimbach, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Deutsche Jugendherbergen stehen einzig in der Welt da. Letzold, Präsident des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen.

Bermischtes

Riesige Heroinschiebung aufgedeckt.

Hamburg. Durch das Zusammenwirken der Kriminalpolizei von Berlin, Paris, London und Rotterdam wurde ein großangelegter internationaler Drogenhandel aufgedeckt. Insgesamt wurden für 160 000 Mark Heroin beschlagnahmt.

Neue Lohnaufkündigungen in der ober-schlesischen Industrie.

Oleśnica. Der Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie hat die Lohnsätze für den Steinkohlenbergbau und den Erzbergbau in Oberschlesien zum 31. Oktober d. J. gekündigt. Forderungen sind noch nicht genannt.

Autobus mit 51 Schülern umgestürzt.
New York. Bei Warrenville in der Nähe von Cleveland stürzte ein Schulautobus in den Chauffeegraben. 51 Schulkinder wurden dabei verletzt, darunter einige so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Angriff auf eine indische Polizeistation.
Bombay. Im indischen Dorf Galathi griff eine Anzahl Kongressfreiwilliger das Polizeigebäude an. Ein Polizeibeamter wurde von den Angreifern durch einen Schuß getötet. Die Polizei hatte drei Verletzte, während man bei den Kongressfreiwilligen drei Tote und vier Verletzte zählte.

Selbstmord des Bürgermeisters von Wehlar.

Der Amtsverfehlung verdächtig.
Der Bürgermeister der Stadt Wehlar, Dr. Kühn, ein Verwandter des bisherigen Berliner Oberbürgermeisters Dr. Böttch, hat sich auf dem Bergfriedhof am Grabe seines Kindes erschossen.

Gegen den Bürgermeister war auf Grund einer Anzeige der Demokratischen Partei ein Disziplinarverfahren wegen Verfehlungen im Amte durch den Regierungspräsidenten in Koblenz eingeleitet und die sofortige Enthebung vom Amte angeordnet worden. Das Untersuchungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft war noch nicht abgeschlossen. In einem hinterlassenen Briefe erklärte Bürgermeister Dr. Kühn, daß seine geschwächten Nerven der Bege gegen ihn nicht mehr standhalten könnten.

Einsturz eines Rundfunksendeturms.

Schwerer Baunfall am Heilsberger Sender.
Beim Bau des Heilsberger Rundfunksenders ereignete sich ein entsetzliches Unglück. Das 30 Meter hohe Gerüst des zweiten Sendeturms stürzte ohne erkennbare Ursache plötzlich um und riß drei Arbeiter in die Tiefe. Ein neunzehnjähriger Arbeiter Namens Wehlar war sofort tot. Die beiden anderen Verunglückten wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus übergeführt.

Flugzeugabsturz in Stockholm.

Zwei Todesopfer.
Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich im Stockholmer Flughafen. Eine Maschine stürzte ab, wobei beide Insassen sich so schwere Verletzungen zuzogen, daß sie bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus starben. Der Führer der Maschine, ein Sportflugzeugführer, war der bekannte Spitzbergensflieger Nilsson, der sich bei der Rettung der Mobile-Expedition ausgezeichnet hat.

Die „Isbjörn“ in Tromsø.

Fränkels Überreste in Norwegen eingetroffen.
Das Expeditionschiff „Isbjörn“ ist mit den Überresten des Polarforschers Fränkel an Bord an der norwegischen Küste eingetroffen. Es lief jedoch nicht den Tromsøer Hafen an, sondern anfernte in einem abgelegenen kleinen Hafen, Stogvål. Hierher kam ein Flugzeug, um die Photos in Empfang zu nehmen. Am Dienstag wird die „Isbjörn“ in Tromsø einlaufen. Der Kreuzer „Evensund“ und die „Michael Sars“ werden bei der Einfahrt das Ehrengeleit geben; bei der Überführung der Leiche von Fränkel nach der Tromsøer Domkirche werden die Matrosen Spalier bilden.

In der Stockholmer Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag gestellt, im Stockholmer Rathaus ein Andenkenmal zu errichten. Die norwegische Zeitung „Nytiden“ hat aus den Überschüssen von dem Verkauf von Dr. Forus Bericht an die ausländische Presse 10 000 Kronen für einen Andenken-Fonds zur Verfügung gestellt. Auch die Spitzbergen-Forschungsgesellschaft erhielt 10 000 Kronen.

Keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in Sibirien.

Berlin, 17. Sept. Gegenüber den in der Presse wiederkehrenden Behauptungen, daß sich noch deutsche Kriegsgefangene in Sibirien befinden, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß sich tatsächlich keine Kriegsgefangenen mehr in Rußland befinden, sondern daß es sich vielmehr nur um Leute handelt, die freiwillig dort zurückgeblieben sind. Diejenigen, die heute noch zurückkehren wollen, können übrigens immer noch auf Reichsförderung den Rückweg antreten.

Anerkennung der neuen peruanischen Regierung.

Berlin, 17. Sept. Der deutsche Gesandte in Lima ist beauftragt worden, der neuen Regierung von Peru mitzuteilen, daß sie von der Reichsregierung anerkannt wird.

Die „Isbjörn“ in Tromsø.

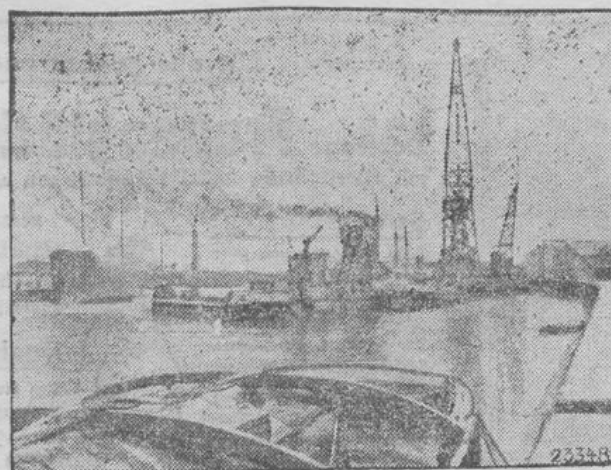
Tromsø, 17. Sept. Das Expeditionschiff „Isbjörn“ mit den sterblichen Überresten Fränkels an Bord ist in Begleitung des Kriegsschiffs „Evensund“ und des Regierungsdampfers „Michael Sars“ hier eingetroffen. Hafen und Stadt haben halbmast gelagert.

Pest in Indien.

Bombay, 17. Sept. In Haiderabad sind elf Fälle von Pest festgestellt worden.

Bombenexplosion bei der mexikanischen Unabhängigkeitsfeier.

Mexico, 17. Sept. Bei der Unabhängigkeitsfeier explodierte auf dem großen öffentlichen Platz inmitten einer vieltausendköpfigen Menge eine Bombe. Viele Personen mußten, zum Teil schwer verletzt, ins Krankenhaus gebracht werden.



100 Jahre Hafen von Bremerhaven.

Der Hafen von Bremerhaven kann im September sein 100jähriges Bestehen feiern. Damals lief das erste Schiff in den neuerbauten Hafen ein, der wegen der Verlandung der Unterweser am Hafen von Bremen angelegt werden mußte. In den hundert Jahren seines Bestehens hat er sich zu einem der wichtigsten deutschen Häfen entwickelt und ist nun Ausgangspunkt und Endziel der Riesengeandampfer, die an dem Kolumbustal anlegen.

Herzliche Einladung

zu dem am Sonntag den 21. September, nachmittags 3 1/2 Uhr im neuen Vereinshaus stattfindenden

Jahresfeste.

Es dienen mit dem Wort Vikar Achenbach und Prediger Moll-Hilgenbach.

Die Gemeinschaft Rüdershausen.

Bekanntmachung

Die noch mit Bezahlung von Holzgelbern, Grundstückszinsen, Wohnungsmieten und sonstigen Beträgen im Rückstand befindlichen Personen werden hierdurch zur Zahlung bis spätestens zum 15. Oktober d. Js. aufgefordert. Erfolgt bis dahin Zahlung nicht, dann nehmen wir das Einverständnis der Pflichten zur Einziehung der Beträge durch Postnachnahme an.

Wittgenstein, den 16. September 1930.

Fürst Wittgenstein'sche Rentkammer.

Wir offerieren zu billigsten Preisen ab Lager Lahnstraße:

la. Roggenkleie

„Pekus. Saantrogen
Hühnerfutter „Muskator“
Weizen, Mais
Weizennachmehl
Hafer- und Gerstenschrot
u. s. w.

Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Laasphe u. Amt Banse, e. G. m. b. H., Laasphe i. W.

Die Schreinerarbeiten

zu den Erneuerungsarbeiten in der Kirche zu Teubingen sollen vergeben werden.

Angebote sind gegen eine Gebühr von RM. 1.50 beim Kirchenmeister zu haben. Die Angebote müssen bis Samstag den 20. d. M. nachmittags eingereicht sein.

Es können nur Bewerber berücksichtigt werden, welche in der Kirchengemeinde Teubingen wohnen.

Das Presbyterium der Kirchengemeinde Teubingen.

Deutscher Bienenhonig

10 Pfd. Postkoll
franko Nachnahme
13.90 M.,
5 Pfd. Postkoll
8.00 M.
Ein- u. Verkaufsstelle der Neuen Bienenzeitung, Marburg (Lahn)

Näh- u. Zuschneidekursus

beginnt am Montag den 6. Okt. in den Nachmittags- u. Abendstunden.

Anmeldungen bis zum 1. Oktober nimmt entgegen

Frau Mia Wallraf,
geprüfte akademisch gebildete Damen-
schneidermeisterin,
Pension Braun (Gärtnerei),
Laasphe, Wasserftr.

Leiden Sie am Magen?

wie schmerzhafter Verdauung, Appetitmangel, saurem Aufstoßen, überreichem Atem, so sollten Sie die echten „Reichels Magentropfen“ im Hause haben. Frau Pfarrer E. in Bayreuth schreibt: „Ihre Magentropfen haben sich immer gut bewährt. Meine Familie kann ohne sie nicht mehr sein.“ Fl. 1.10, gr. Fl. 2.75 in Apoth. u. Drog., erhältlich. Verlangen Sie kostenlos das reich illustrierte Buch „GUTER RAT in gesunden und kranken Tagen“

Bestimmt zu haben bei: Drogerie Hink, Königsr. 28

Unfallversicherung bis 12.000 RM Hohes Sterbegeld. Das Buch für Alle. Die altbewährte, gediegene Familienzeitschrift. Ein Nothelfer im deutschen Hause.